



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 3 1 - 0 0 1 3**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: **Dezernat(e) II**
Einfahrtssperren für Fußgängerzone und Veranstaltungsflächen
Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss HFA Nr. 0040 vom 08.02.2017

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Dr. Franz

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die Gefahrenabwehrbehörden wurden aufgrund der aktuellen Sicherheitslage mit Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses Nr. 0040 vom 8. Februar 2017 beauftragt, ein Konzept zum Schutz der Fußgängerzone sowie des Schloßplatzes und des Dern'schen Geländes vor Amokfahrten zu entwickeln. Das Ordnungsamt hat unter der Beteiligung der Berufsfeuerwehr Wiesbaden, des Rettungsdienstes und der Landespolizei das geforderte Konzept entwickelt und abgestimmt. Die Gefahrenabwehrbehörden sehen auf Grund der aktuellen Sicherheitslage die dringende Notwendigkeit Einfahrtssperren für weitere Veranstaltungsflächen in Wiesbaden zu realisieren.

Anlagen:

- Konzept „Einfahrtssperren für Fußgängerzone und Veranstaltungsflächen (Powerpointpräsentation)

Ein farbiger Umdruck der Anlage kann im Büro des Magistrats eingesehen werden.

C Beschlussvorschlag:

- 1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 das Konzept „Einfahrtssperren für Fußgängerzone und Veranstaltungsflächen“ durch das Ordnungsamt unter Beteiligung der Berufsfeuerwehr Wiesbaden, dem Rettungsdienst sowie der Landespolizei Hessen erstellt und abgestimmt wurde.
 - 1.2 die vorgenommenen Standortplanungen sowie die Priorisierung der Einfahrtssperren nur nach Abstimmung mit den Gefahrenabwehrbehörden im Rahmen der Planung und Realisierung veränderbar sind.
 - 1.3 zur Umsetzung des Konzeptes eine Ausführungsvorlage durch Dez. V zu erfolgen hat.
- 2 Es wird beschlossen, dass Dez. V zeitnah eine Ausführungsvorlage zur Umsetzung des in der Anlage der SV beigefügten Konzeptes der Gefahrenabwehrbehörden „Einfahrtssperren für Fußgängerzone und Veranstaltungsflächen“ den Gremien zur Beschlussfassung vorlegt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Durch die Realisierung der Einfahrtssperren wird für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden eine größtmögliche Sicherheit bei Veranstaltungen auf den Veranstaltungsflächen der Stadt gegenüber terroristischen Anschlägen mittels Kraftfahrzeugen gewährleistet.

Durch das Konzept wird weiterhin auch das illegale Befahren der Fußgängerzone durch PKW und Transportfahrzeuge jeglicher Art außerhalb der zugelassenen Lieferzeiten verhindert.

Die Umsetzung dieses Konzeptes ist neben der geplanten Videoüberwachung ein besonders wichtiger Meilenstein in der Wiesbadener Sicherheitsarchitektur.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

In der Zwischenzeit werden bei Großveranstaltungen Alternativen in Form von bemannten LKW oder Betonklötzen eingesetzt. Beide Varianten sind keine Dauerlösung.

Wiesbaden, 25. August 2017

Dr. Franz
Bürgermeister